

Von Europa hängen Jobs ab

Mai Kundgebung: Der Fiskalpakt und die Auswirkungen auf die heimische Arbeitswelt

Hann. Münden. Wenn es um Arbeitsplätze, Löhne und Gehälter geht, dann ist Europapolitik gar nicht weit weg. Das machte Ronald Schminke bei der Mai-Kundgebung in Hann. Münden deutlich. Er war Hauptredner bei der Veranstaltung des DGB-Ortsvereins Hann. Münden am 1. Mai.



Demonstrationszug: Privatisierung bisher staatlicher Aufgaben war ein wichtiges Thema auf den Transparenten. Nicht nur Mitarbeiter der Autobahnmeisterei machten mit, auch viele Beschäftigte der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung waren mit Transparenten dabei.
© Sangerhausen

Der Staat brauche Geld, „und darum wird verkleinert und privatisiert und Volksvermögen verramscht, dass die Schwarte kracht“, sagte Schminke. Als Beispiele nannte er Waldverkäufe, den Verkauf von Bahn- und Busverkehren und Krankenhäusern sowie die Betreuung von Wasserstraßen und Autobahnen.

Zu den letzten beiden Punkten sprachen Michael Jordan vom Personalrat des Wasser- und Schifffahrtsamtes Hann. Münden sowie der Personalratsvorsitzende der Autobahnmeisterei, Geschäftsbereich Bad Gandersheim, Helmut Hegner.

Die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung „trifft uns in Mark und Bein“, sagte Jordan. Die 190 Beschäftigten in Hann. Münden wüssten noch immer nicht, was kommt. Eine Zersplitterung der Zuständigkeiten nannte er nicht zuletzt beim Hochwasserschutz fatal.

Der Vorschlag des Bundesrechnungshofes, die Autobahn A7 zwischen Salzgitter und Drammetal zu privatisieren, betreffe zwei Meistereien, sagte Hegner. Dann fiele auch der Geschäftsbereich Bad Gandersheim weg. Auch Dienstleistungen, die in private

Hände ausgelagert würden, müssten aber bezahlt werden. „Wer weiß, was dann noch kommt, wenn das Geld nicht reicht. Nach der Lkw-Maut auch eine Pkw-Maut?“

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, berichtete Stefan Schäfer vom Personalrat der Stadt Hann. Münden, hätten in den vergangenen zehn Jahren zehn Prozent Einkommensverlust hinnehmen müssen. Die Kommunen seien nicht deshalb knapp bei Kasse, weil die Beschäftigten zuviel forderten. Viele Stellen seien bereits abgebaut worden, bundesweit seit 1990 insgesamt 1,6 Millionen. Mit dem gerade abgeschlossenen Tarif habe man sich etwa auf der Mitte geeinigt.

Statt Minijobs besser volle Arbeitsplätze, lautete die Devise von Günter Fraatz (SPD) stellvertretender Bürgermeister der Stadt Hann. Münden. Er unterstrich außerdem die Forderung nach einem Mindestlohn. Fraatz: „Ich möchte, dass junge Menschen in Hann. Münden eine Familie gründen und ihrem Kinderwunsch nachkommen können. Und dazu brauchen sie vor allem sichere wirtschaftliche Perspektiven und familienfreundliche Arbeitsverhältnisse.“ Wichtig sei ihm

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da gebe es noch viel zu tun für Politik und Tarifpartner. (tns)



Die Redner (von links): Stefan Schäfer, Personalratsvorsitzender der Stadt, stellvertretender Bürgermeister Günter Fraatz, Michael Jordan vom Personalrat des Wasser- und Schifffahrtsamtes, Landtagsabgeordneter Ronald Schminke (SPD), Axel Nelges, kommissarischer DGB-Ortsverbandsvorsitzender und mit Warnweste Helmut Hegner, Personalratsvorsitzender der Autobahnmeisterei Bereich Bad Gandersheim.